



Das Reichsbanner

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN

D 20179 F

Nr. 4 34. Jahrgang Dezember 1990

Der 12. Deutsche Bundestag hat 662 Abgeordnete

127 Abgeordnete aus den neuen Bundesländern
- Sechs Überhangmandate - 20,4 Prozent Frauen

Der 12. Deutsche Bundestag wird 662 Abgeordnete haben, davon kommen 6 über Überhangmandate. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis, das der Bundeswahlleiter am Morgen des 3. Dezember bekannt gab, hat die CDU 268 Mandate erhalten, auf die CSU entfielen 51 Mandate, die FDP stellt 79 Abgeordnete. Der SPD gehören 239 Abgeordnete an. Das Bündnis 90/GRÜNE aus dem Ostteil Deutschlands erhält 8 Bundestagsmandate, die PDS wird im neuen Bundestag mit 17 Abgeordneten vertreten sein. DIE GRÜNEN aus Westdeutschland scheiterten an der Fünf-Prozent-Hürde und sind im 12. Deutschen Bundestag nicht vertreten.

Nach dem vorläufigen Endergebnis haben sich 77,8 Prozent der Wahlberechtigten an der Bundestagswahl beteiligt. 1,2 Prozent der abgegebenen Stimmen waren ungültig. Von den 46.996.733 abgegebenen Zweitstimmen entfielen 36,7 Prozent auf die CDU, 7,1 Prozent auf die CSU und 11 Prozent auf die FDP. Die SPD erhielt 33,5 Prozent der Zweitstimmen, DIE GRÜNEN 3,9 und die PDS 2,4 Prozent.

In Ostdeutschland wurden 9.021.788 Zweitstimmen abgegeben, das sind 74,7 Prozent der 12.274.502 Wahlberechtigten in den neuen Bundesländern. Die Wahlbeteiligung in Ostdeutschland lag damit höher als bei der Landtagswahl am 14. Oktober (69,56 Prozent), aber niedriger als bei den ersten freien Wahlen in der DDR am 18. März (93,38 Prozent). In Ostdeutschland gewann die CDU 41,8 Prozent, die SPD 24,3 Prozent. Die FDP erhielt in Ostdeutschland 12,9 Prozent der Stimmen, die PDS 11,1 Prozent. Auf Bündnis 90/GRÜNE entfielen dort 6,0 Prozent der Stimmen.

In Westdeutschland haben 78,6 Prozent der insgesamt 48.099.251 Wahlberechtigten gewählt. Hier wurden 37.422.270 Stimmen abgegeben. Die Wahlbeteiligung ist damit gegenüber der letzten Bundes-

tagswahl (84,3 Prozent) gesunken. In Westdeutschland hat die CDU 35,5 Prozent der Wählerstimmen erhalten, die CSU 8,8 Prozent. Auf die SPD-Fraktion entfielen 35,7 Prozent der Stimmen im Westteil Deutschlands, die FDP erhielt 10,6 Prozent. Auf DIE GRÜNEN in Westdeutschland entfielen 4,8 Prozent, auf die PDS nur 0,3 Prozent der Stimmen.

Von den neuen Bundestagsabgeordneten werden 24 aus Schleswig-Holstein kommen, 14 aus Hamburg, 65 aus Niedersachsen, 6 aus Bremen und 146 aus Nordrhein-Westfalen. Aus Hessen werden 48 Abgeordnete in den Bundestag entsandt, aus Rheinland-Pfalz 34 Abgeordnete, aus Baden-Württemberg 73, aus Bayern 86 und aus dem Saarland 11. 28 Abgeordnete kommen aus Berlin. Die fünf neuen Bundesländer entsenden insgesamt 127 Abgeordnete in den Bundestag, und zwar 16 aus Mecklenburg, 22 aus Brandenburg, 26 aus Sachsen-Anhalt, 23 aus Thüringen und 40 aus Sachsen.

Im 12. Deutschen Bundestag werden insgesamt 135 Frauen vertreten sein, damit sind 20,39 Prozent der Bundestagsabgeordneten weiblich. In der CDU/CSU-Fraktion werden 44 Frauen vertreten sein, das sind 13,79 Prozent der Unionabgeordneten. Von den SPD-Abgeordneten sind 64 weiblich, das sind 26,78 Prozent. Zur FDP-Fraktion werden 16 weibliche Abgeordnete gehören, das sind 20,25 Prozent. Zu den 17 PDS-Abgeordneten gehören 8 Frauen, damit liegt ihr Anteil bei 47,06 Prozent. Beim Bündnis 90/GRÜNE sind 3 der 8 gewählten Bundestagsabgeordneten weiblich, das sind 37,5 Prozent.

Das Direktmandat mit dem höchsten Stimmenanteil holte Manfred Carstens (CDU) mit 71,8 Prozent in Cloppenburg-Vechta in Niedersachsen. Den niedrigsten Stimmenanteil zur Erlangung eines Direktmandats brauchte Gregor Gysi (PDS), der das Mandat des Wahlkreises Berlin-Hellersdorf-Marzahn mit nur 31,8 Prozent der Stimmen erringen konnte.

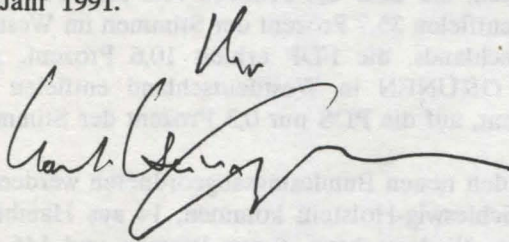
Kommentar

Das zu Ende gehende Jahr 1990 war für die Menschen in Deutschland ein Jahr mit besonderer historischer Dimension.

Die rasanten Umwälzungen in Osteuropa und in Deutschland haben uns einerseits vor neue Aufgaben gestellt, andererseits den Prozeß der Vollendung des EG-Binnenmarktes aus den politischen Schlagzeilen verdrängt.

Im neuen Jahr werden wir uns neben der weiteren Vertiefung des deutschen Einigungsprozesses und der Lösung der damit verbundenen politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Fragen den Herausforderungen in einem geeinten Europa mit ähnlichen Fragestellungen annehmen müssen.

Ich wünsche ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes, friedvolles und erfolgreiches Jahr 1991.



Aus der Geschichte lernen

Magdeburg und die Republik

Wir dokumentieren einen Artikel des ehemaligen Vorsitzenden des Reichsbanners, Otto Hörsing, der beschreibt, unter welchen Umständen das Reichsbanner gegründet wurde und wie das Reichsbanner organisatorisch seine Arbeit bewältigte.

... Wie in anderen Orten, war man auch in Magdeburg zu der Erkenntnis gekommen, daß man reaktionären Anschlägen nicht allein mit Massendemonstrationen wie beim Erzberger- und Rathenaumord entgegentreten könne, sondern der organisierten Reaktion die organisierte Abwehr entgegensetzen müsse. In aller Stille wurde darum aus organisierten Sozialdemokraten die "Republikanische Notwehr" aufgebaut, die am 15. April 1923 unter der Führung ihres Gründers Karl Höltermann zum erstenmal in Stärke von 1500 Mann mit einer großen schwarzrotgoldnen Fahne an der Spitze durch die Straßen Magdeburgs nach dem Domplatz marschierte. Der Aufmarsch erregte ungeheures Aufsehen und die reaktionäre Presse fiel, wie so oft schon, wütend

über mich her, aber das Entscheidende war, die republikanische Front befand sich im Werden.

Als dann im Jahre 1923 die innerpolitischen Spannungen zunahmen, als der Stahlhelm mit seiner Diktaturforderung an Stresemann herantrat und die Bürgerbräu-Revolution in München die "nationale Revolution" einleiten sollte, war es an der Zeit, dieser republikanischen Front eine breitere Basis zu geben. Das Ergebnis solcher Erwägungen war der Aufruf der republikanischen Kriegsteilnehmer zum Zusammenschluß zu einer Abwehrorganisation, die am 22. Februar 1924 unter dem Namen Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gegründet wurde.

Da sich die republikfeindlichen Verbände unter der schwarzweißroten Fahne sammelten, haben wir damals bewußt die verfassungsmäßigen Farben der Republik zu unserem Symbol erkoren und unsre Verbundenheit mit dem Volksstaat und seinen Hoheitszeichen auch in dem Namen unserer Organisation zum Ausdruck gebracht.

Welche Fülle von Arbeit bei der Durchführung der Organisation zu bewältigen war, davon kann sich der Außenstehende kaum einen Begriff machen. Draußen im Lande warb ein Heer von begeisterten Republikanern für das Reichsbanner, in Magdeburg aber saßen fast Abend für Abend eine Anzahl Kameraden in meiner Privatwohnung, um mit mir gemeinsam die unumgänglichen Büroarbeiten zu leisten. Bald aber erwies sich meine Privatwohnung als zu klein, ich mußte ein Zimmer völlig ausräumen, in dem wir uns dann einige Monate in großer Enge recht und schlecht behalfen. Aber auch dieses Provisorium erwies sich als unzulänglich. Die Arbeit wuchs, so daß ich schließlich von den Repräsentationsräumen, die mir als damaligen Oberpräsidenten zur Verfügung standen, zwei Zimmer zur Verfügung stellte. Das gab dem Stahlhelm Veranlassung, mich in aller Öffentlichkeit zu denunzieren. Die Repräsentationsräume des Oberpräsidenten aber mußten bei Veranstaltungen immer wieder geräumt werden, ihre Benutzung war also ein mehr als trauriger Notbehelf.

Ein volles Jahr haben wir uns mit diesem Zustand abgefunden. Dann mußten wir, um dem Bundesvorstand ein ordnungsgemäßes Arbeiten zu ermöglichen, Büroräume beschaffen und fanden Unterkunft in einem der Stadt Magdeburg gehörigen Hause, einer ehemaligen Kaserne. Nach einigen Monaten zwang uns der Verkauf des Grundstücks, auf dem das Magdeburger Gewerkschaftshaus errichtet werden sollte und zugleich auch das ständige Wachsen der Organisation erneut, nach einem Büro Umschau zu halten. Nach langen Bemühungen gelang es, das ehemalige Verwaltungsgebäude der Allgemeinen Ortskrankenkasse käuflich zu erwerben, in dem der Bund nunmehr seinen Sitz hat. Das Bundeshaus beherbergt außer den Sekretariaten der Sozialdemokratischen Partei noch die Büros einiger anderer Arbeiterorganisationen...

Reichsbanner, 1. Hauptheerfahne des Hl. Römischen Reiches. Das R. zeigte unter Heinrich I. und Otto I. das Bild eines Engels, wahrscheinlich des hl. Michael; seit dem 13. Jh. war es gelb mit einem einköpfigen schwarzen Adler (Reichssturmfahne). Daneben wurden im 13. und 14. Jahrhundert eine rote Fahne mit einem weißen Kreuz geführt (Georgsbanner). -2. R. Schwarz-Rot-Gold, betont verfassungstreuer Verband ("Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer") auf der Basis der Weimarer Koalition (SPD, DDP, Zentrum) gegr. 1924 von dem sozialdemokratischen Politiker Otto Hörsing zur Verteidigung der Republik; 1932 Zusammenschluß mit den Freien Gewerkschaften zur "Eisernen Front" gegen den Rechtsradikalismus und vorübergehend Aufstellung besonderer "Schutzformationen" (Abk. Schuf), 1933 verboten. Seit 1966 wieder in der BRD bestehend, seit 1968 unter dem Namen "Bund aktiver Demokraten".

Nach der Freude über die Deutsche Einigung darf nicht vergessen werden, daß wir auch Verpflichtungen gegenüber unseren europäischen Nachbarn übernommen haben. Dies trifft in ganz besonderem Maße für Polen zu, das einen Anspruch auf sichere Grenzen hat. Gerade deshalb ist äußerste Wachsamkeit angesagt, wenn aus rechtsradikalen Kreisen der Gedanke einer Grenzrevision populär gemacht werden soll. Wir dokumentieren solche Versuche u.a. auch, damit solche Versuche der Legitimierung falscher Gebietsansprüche schon im Ansatz zurückgewiesen werden.

Rechtsextremisten lehnen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze ab

Rechtsextremistische Bestrebungen kennzeichnet u.a. ein völkischer Nationalismus auf der Grundlage eines elitären Rassendenkens. Daraus resultiert eine Überbewertung der eigenen Nation auf Kosten anderer Nationen. Kompromißlos werden (vermeintlich) deutsche Interessen über jene anderer Länder und Völker gestellt. Für Anhänger solcher Lehren ist die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze nicht akzeptabel. Sie sind der Auffassung, daß ein geeintes Deutschland auch die ehemaligen deutschen Ostgebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie umfassen müsse. Ihre Ausführungen hierzu verbinden sie häufig mit dem Leugnen der

deutschen Kriegsschuld und dem Hinweis, daß neben diesen noch weitere Gebiete zur Bundesrepublik Deutschland gehören.

1. "Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD)

In der Juli-Ausgabe des Parteiorgans "Deutsche Stimme" tritt der NPD-Bundesvorsitzende Martin Mussnug unter der Überschrift "Wir verzichten nicht!" einer "falschen Geschichtsauslegung im Sinne des Zeitgeistes" entgegen, nach der 1939 das harmlose und friedfertige Polen von den kriegs- und erobersüchtigen Deutschen überfallen worden sei, weswegen es nun mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze entschädigt werden müsse. Dabei handele es sich um eine üble Geschichtsklitterung. Zum Deutschlandbild der NPD gehören nach einem Rundschreiben des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen vom 28. Februar nicht nur die Ostgebiete und das Sudetenland. Auch Südtirol sei deutsch wie das gesamte sogenannte Österreich.

2. "Deutsche Volksunion-Liste D" (DVU)

In der Ausgabe der "Deutschen Wochen-Zeitung" (DWZ) vom 18. Mai drohte Bruno Wetzel, Bundesvorstandsmitglied der DVU, unter der Überschrift "Unsere Meinung" der polnischen Führung, nicht "auf dem Raub deutschen Landes zu beharren." Niemand wisse, ob nicht Deutsche und Russen vielleicht wieder zur Vereinbarung von Einflußzonen kommen könnten. Polen solle sich deshalb schon heute auf seine rechtmäßigen Grenzen zurückziehen. Auch der polnische Gewerkschaftsführer Lech Walesa, der damit drohe, daß die vorhandenen technologischen Mittel des Ostens und Westens ausreichen, um die Bundesrepublik Deutschland bei Unbotmäßigkeiten von der Landkarte auszuradiieren, müsse vorsichtig sein. Denn wer wisse schon, auf welche heute noch unbekanntem Möglichkeiten sich die von ihm bedrohte Bundesrepublik Deutschland vielleicht morgen stützen könne.

3. "Nationale Liste" (N.L.)

Die von Anhängern des Neonazis "Michael Kühnen 1989 in Hamburg gegründete Landespartei "Nationale Liste" (N.L.) erklärte in der Schrift "Index" (Nr. 9/ März 90), man werde sich nicht mit den von den Besatzern willkürlich festgelegten Grenzen vom 31. Dezember 1937 zufriedengeben. Die Frage der konkreten Grenzen des Reiches könne erst geklärt werden, wenn es das Reich überhaupt erst einmal gebe. Daher müsse die staatsrechtlich und völkerrechtlich noch immer als verbindlich anzusehende Reichsverfassung von 1919 wieder in Kraft gesetzt werden.

4. Sonstige rechtsextremistische Publikationen

In der Märzangabe der rechtsextremistischen Monatsschrift "Huttenbriefe für Volkstum, Kultur,

Wahrheit und Recht", Organ des "Freundeskreises Ulrich von Hutten e.V.", merkt die Vorsitzende Lisbeth Grolitsch an, das deutsche Volk bejahe das Lebensrecht des polnischen Volkes, kenne aber auch den polnischen Chauvinismus, der immer wieder begierig versucht habe, sein Kulturgefälle durch das Eindringen in den deutschen Lebensraum zu überwinden. Der Raub deutschen Volks- und Kulturbodens schaffe keinen Frieden zwischen den Völkern. Europa werde sich daran erinnern müssen, daß Polen im Auftrag Englands die Lunte für den Zweiten Weltkrieg entzündet habe. In der Maiausgabe erklären die Huttenbriefe, die völkerrechtlich gültigen Grenzen des Deutschen Reiches seien die vom 1. August 1914 plus denen vom 1. September 1939, also gehörten nicht nur die ehemalige DDR und Österreich, sondern auch noch Teile anderer Länder (z.B. Polens und der Tschoslowakei) zum Reich. Die Publikation "Wikinger", Organ der Bundesführung der WJ., behauptet in der Ausgabe 1/90, rechtliche Grundlage für einen Friedensvertrag seien die Grenzen vom 1. September 1939. Vor diesem Zeitpunkt sei dem Deutschen Reich kein Gebiet durch Annexion einverleibt worden. Polen habe sich nach dem ersten Weltkrieg räuberisch auf deutsche Gebiete ausgebreitet und sodann die deutsche Mehrheit systematisch zur Abwanderung gezwungen, mit Mord und Schikanen überzogen und gewaltsam polenisiert. Das internationale Völkerrecht gebiete es zudem, Volksabstimmungen in Südtirol, Eupen/Malmedy und im Elsaß durchzuführen.

In seinem "Germania"-Rundbrief Nr. 129 vom 18. Mai 1990 äußerte der in Toronto/Kanada lebende deutsche Rechtsextremist Ernst Zündel, Polen habe noch nicht dafür bezahlt, daß es Europa und damit die Welt 1939 durch seinen Chauvinismus in einen europäischen Bruderkrieg gestürzt habe, der sich dann zum Weltkrieg ausgedehnt habe. Polen sei durch seine Großmannssucht und seinen Größenwahn dafür verantwortlich, daß dieser schrecklichste aller Kriege ausgebrochen sei, nicht das Deutsche Reich. Die Orgie der Brutalität, der Vertreibung und der Erniedrigung der Volksdeutschen durch die Polen nach dem Kriege sei noch nicht gesühnt. "Wir Deutschen" hätten die genetische Substanz, die gute Erbmasse nach wie vor in uns. In einem Kampf zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland werde sich der Deutsche behaupten.

aus: Innere Sicherheit Nr.4 vom 20. November 1990

Soziales...

Stichtag 1. Januar 1991: Erhöhung der Renten

In den fünf neuen Bundesländern werden die Renten zum 1. Januar 1991 um 15 Prozent angehoben werden. Maßgeblich für die Rentenanpassung ist nach den Bestimmungen des Einigungsvertrages die

Entwicklung der Nettolöhne und -gehälter in diesen Ländern.

Von dieser Erhöhung sollen auch die Kleinrentner profitieren, deren Rente durch den sogenannten Sozialzuschlag auf 495 Mark aufgestockt wird, solange in den neuen Ländern der Aufbau eines Sozialhilfesystems mit entsprechenden Verwaltungsstrukturen noch nicht abgeschlossen ist. Die Erhöhung der Renten um 15 Prozent wird nicht zu einer entsprechenden Kürzung des Sozialzuschlags führen, weil sie nicht mit diesem Zuschlag verrechnet wird. So wird beispielsweise die bisherige Mindestrente von 330 DM durch die 15prozentige Erhöhung auf 379,50 Mark angehoben; hinzu kommt der bisherige Sozialzuschlag in Höhe von 165 Mark, so daß sich der Mindestbetrag von derzeit 495 Mark auf 544,50 Mark erhöht.

Die Anpassung der Renten kommt auch den Kriegssopfern in den neuen Bundesländern zugute. Die ab 1. Januar 1991 dort geltenden Leistungen der Kriegssopfernversorgung beginnen also mit einem um 15 Prozent höheren Niveau als ursprünglich vorgesehen.

Im Westen belaufe sich die Eckrente nach 45 Jahren auf 1.667 Mark, in den neuen Ländern hingegen auf 672 Mark. Es ist ein Gebot sozialstaatlicher Solidarität, hier auf einen Ausgleich hinzuarbeiten.

Reichsbanner intern

Jahresabschlußfeier des Frankfurter Reichsbanners

Traditionell hat das Frankfurter Reichsbanner, Bund aktiver Demokraten, auch dieses Jahr eine sehr schöne Jahresabschlußfeier organisiert.

An buntgeschmückten Tischen konnten sich die Kameradinnen und Kameraden zwanglos bei Kerzenlicht unterhalten und Erinnerungen austauschen. Der Ortsvorsitzende Alfred Körner eröffnete die Feier und begrüßte den Landesvorsitzenden Manfred Fischer recht herzlich. Kamerad Fischer stellte sich kurz vor, verwies auf die uns zuwachsenden Aufgaben durch den Prozeß der deutschen Einigung und wünschte frohe Stunden.

Bei Kaffee und Kuchen wurde anschließend kräftig das Tanzbein geschwungen. Wie schon im letzten Jahr sorgte eine sehr gute musikalische Begleitung und amüsante Beiträge aus der Mitgliedschaft für eine heitere, gelöste Atmosphäre. Die Veranstaltung war ein würdiger Abschluß für das vergangene Jahr 1990.

A.M.

Hinweis:

Die Frankfurter Jahreshauptversammlung des Reichsbanners findet am 23. März 1990 statt. Auf der Tagesordnung steht u.a. die Wahl des Vorstandes.

Beförderungen

Die Kameraden Arnold Schulze (Mitglied seit 1986) und Jürgen Thiel (Mitglied seit 1988) sind zu Hauptleuten befördert und zu Kompanie-Chefs ernannt worden, und zwar als Chef einer Jäger-Kompanie bzw. der Ausbildungskompanie des Wachregiments. Wir freuen uns mit ihnen und gratulieren herzlich. Beide Kameraden werden vom Ortsverein Bad Homburg - Hochtaunuskreis betreut.

S.K.

Sozialverträgliche Umgliederung der NVA

Bundestagsabgeordnete informierten sich vor Ort über die neue Arbeit des Bundeswehrkommandos-Ost

Die wesentlichen Aufgaben des Bundeswehrkommandos-Ost bestehen darin, die noch bestehenden Verbände der Nationalen Volksarmee (NVA) zu reformieren, Personal und Material zu reduzieren und die Truppen umzustrukturieren. Das erklärten Vertreter des Bundeswehrkommandos-Ost und der Wehrverwaltung einer Delegation des Verteidigungs-

ausschusses, die sich am 7. November einen Überblick über die Umgliederung der früheren DDR-Streitkräfte verschaffen wollte.

Die Berichterstattergruppe des Verteidigungsausschusses war gebildet worden, um auch in der sitzungsfreien Zeit die parlamentarische Kontrolle der Umstrukturierung der NVA zu gewährleisten. Vom Bundeswehrkommando-Ost wurde darauf verwiesen, daß es notwendig sei, die Umgliederung und die Entlassungen sozial verträglich zu gestalten. So sollte überlegt werden, ob nicht eine höhere Zahl an NVA-Soldaten als bisher vorgesehen in die Bundeswehr übernommen wird, bis ein tragfähiger Berufsförderungsdienst greifen kann. Ein weiteres Problem sei die Reduzierung von Waffen und Munition, da es bisher noch kein fertiges Konzept für die Vernichtung gebe. Auch habe man noch keine industriellen Kapazitäten oder Verfahren, um die Munition umweltverträglich vernichten zu können.

Von Vertretern des Bundeswehrkommandos-Ost wurde auch darauf hingewiesen, daß man aufpassen müsse, daß der Wachdienst nicht zu einem Synonym für die Wehrpflicht werde. So leisteten 22 Prozent der Soldaten des Bundeswehrkommandos-Ost Wachdienst, während es bei der Bundeswehr nur 4 Prozent seien. Die Bundeswehr hat von der NVA 11,2 Millionen Handfeuerwaffen und 300.000 Tonnen Munition übernommen. Den Verteidigungspolitikern wurde des weiteren erklärt, daß die Arbeit des Bundeswehrkommandos-Ost, die ursprünglich auf sechs Monate befristet sein sollte, wohl kaum in dieser Zeit zu schaffen sei. Auch müsse bedacht werden, daß das zivile Personal nicht zu schnell entlassen werden dürfe, da zum Beispiel weiterhin Heizer für die Kasernen benötigt würden. An die Heizwerke der Kasernen seien auch oft Wohnanlagen angeschlossen, in denen Zivilangehörige oder ehemalige Angehörige der NVA lebten. Man solle daher nicht unter Zeitdruck entlassen, sondern Zug um Zug gemeinsam mit einer Verbesserung der technischen Ausrüstung.

Fortsetzung nächste Seite

**Der Bundesvorstand und die Redaktion
wünscht den Mitgliedern und Lesern
des Reichsbanners ein frohes Weihnachtsfest
und ein glückliches Jahr 1991**

Es wurde auch darauf hingewiesen, daß es eine Lebensmittelüberprüfung oder einen vorbeugenden Gesundheitsschutz bei der ehemaligen NVA überhaupt noch nicht gebe. So müßten zahlreiche Küchen und Kasernen geschlossen werden, wollte man die in der Bundeswehr üblichen Vorschriften anwenden. Der Sanitätsdienst der ehemaligen NVA funktioniere noch, habe allerdings 300.000 Beschäftigte. Angewiesen seien auf ihn jedoch nicht nur Soldaten, sondern auch die Familienangehörigen und ehemalige Angehörige.

Die Offiziere und Unteroffiziere der ehemaligen NVA, die mit den Verteidigungspolitikern sprachen, erklärten übereinstimmend, daß sie mit "Genugtuung und Freude" die neue Art der Kameradschaft in der Bundeswehr erlebt hätten. Sie hätten nicht das Gefühl gehabt, daß sich Sieger und Besiegte gegenüberstünden.

Das Reichsbanner Erscheint seit 1924
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold,
Bund aktiver Demokraten e.V.
und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied
der Union Deutscher Widerstandskämpfer-
und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt
am Main

"Das Reichsbanner ist eine Publikation des
Bundesvorstandes des Reichsbanner Schwarz-
Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V.,
Wilhelm-Leuschner Straße 69-77, Postfach
10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.

"Das Reichsbanner" erscheint jährlich in vier
Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6.00 DM
zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestel-
lungen bis 6 Wochen vor Jahreschluß.

Gesamtherstellung: Druckerei Lehmann-Nold,
Ahornstraße 30, 6230 Frankfurt am Main 80.
Redaktion: Karl-Heinz Jungmann (presserech-
tlich verantwortlich), Alexander Matwejew
(Pressereferent und Redakteur des Bundes-
vorstandes), Hartmut Schutz (Redakteur).
Anschrift des Verlages, der Redaktion und
des Vertriebs: Postfach 10 18 44, 6000 Frank-
furt am Main 1.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird
keine Gewähr übernommen. Namentlich
gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion dar. Offizielle
Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-
Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V.
werden gekennzeichnet.

In einer Zeit des politischen Aufbruchs sind die Erfahrungen der Demokraten wichtiger denn je. Darum bittet die Redaktion die Kameraden darum, für das Reichsbanner und seine Zeitung zu werben.

Ich bestelle die Zeitschrift DAS REICHSBANNER - Forum aktiver Demokraten.

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

Wohnort: _____

Datum: _____

Ich bin auch an einer Mitgliedschaft im REICHSBANNER interessiert: Ja / Nein